

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Landtags-Zeitung. 1833-1846 1842

116 (20.8.1842)

Ein Abonnement besteht aus 25 Nummern und kostet 40fr. Durch die Post bezogen für Baden 48 fr. Die Bestellungen sind für jedes folgende Abonnement zu erneuern.

Landtags-Zeitung.

Man abonniert bei dem nächstgelegenen Postamt in Karlsruhe bei Malisch und Vogel, von welchen das Blatt auch im Buchhändlerwege zu beziehen ist.

[Nr. 116. Verhandlungen der II. Kammer der badischen Stände im Jahre 1842. [20. August.]
117.]

Herausgegeben von den Abgeordneten

Bassermann, Bissing, v. Ihstein, Kuenzer, Martin, Rindeschwender, Sander, Welcher und Weller.
Redigirt von dem Abg. Karl Mathy. — Druck von Malisch und Vogel in Karlsruhe.

41ste öffentliche Sitzung der 2. Kammer.

Karlsruhe, 19. August. Präsident Bekk. Regierungskommission Geh.-Ref. Eichrodt.

Heute, wie am 1. Juli, sind die Gallerien mit Fremden überfüllt und zwei von den drei Thüren des Saales den Zuhörern geöffnet. Doch ist der Andrang von Fremden minder groß, auch ist durch Schranken an den Zwischenräumen der vordersten Bänke gesorgt, daß die Mitte des Saales leer bleibt.

Vom Secretariat wird übergeben: eine Petition des Rectors Sebastian Fezner in Ladenburg, Beeinträchtigung seines Dienstinkommens betreffend. Von dem Abg. Waag: eine Petition des Gemeinderaths in Söllingen, Oberamts Durlach, die fünfprozentige Verzinsung des Zehntablösungs-Kapitals an das Domänenräar betreffend. Von dem Abg. Schmidt: eine Petition der Metzgermeister in Bruchsal, Verwandlung der Fleischzaccise in Aversen betreffend. Von dem Abg. Zittel: eine mit 919 Unterschriften versehene Dankadresse aus den Gemeinden des Bezirksamts Eitenheim für das lobenswerthe Wirken der zweiten Kammer. Von dem Abg. Fauth: eine Petition des Gemeinderaths in Mudau, (Bezirksamts Buchen), Erbauung zweier Landstraßen durch und bei Mudau und Errichtung einer Postanstalt daselbst betreffend. Von dem Abg. Böhme: eine Petition der Mitglieder des Gemeinderaths und der sämtlichen Uhrenmacher in St. Georgen, Amtsbezirks Hornberg, Abstellung mehrerer dem Gedeihen der Uhren-Fabrikation auf dem Schwarzwalde im Wege stehenden Mißbräuche. Von dem Abg. Gottschalk: eine Petition vieler Gemeinden des Amtsbezirks Säckingen, Errichtung einer Straße von Säckingen über den Hauenstein'schen Schwarzwald nach St. Blasien.

Mathy übergibt eine Bitte von 17 Metzgermeistern zu Konstanz, um Aufhebung der Fleischzaccise, mindestens Erleichterung derselben in Rücksicht der Größe sowohl, als der Erhebungsweise. Die Petenten erwähnen namentlich,

daß in den angränzenden Ländern, in Württemberg, Baiern und der Schweiz, diese Abgabe theils gar nicht, theils nur in geringem Maße besteht und Klagen besonders über die Belästigungen, womit bei uns die Erhebung verknüpft ist. Sie blicken mit Vertrauen auf die Kammer, gedenken mit besonderer Hochachtung und Anerkennung der Motion des Abg. Welcher und seiner ständischen Wirksamkeit überhaupt; sie glauben endlich, daß sie sich in keinem glücklicheren Augenblicke an die Kammer wenden können, als in dem gegenwärtigen, wo sie mit dem ganzen Lande in die dankbarste Anerkennung einstimmen müssen, daß, seit die Verfassung besteht, noch keine Volkskammer so warm und treu für die wahrhaften geistigen und materiellen Interessen des Volkes gewirkt und gekämpft habe wie die gegenwärtige in der Mehrzahl ihrer Mitglieder.

Die Tagesordnung führt zur Berathung des von dem Abg. Sander erstatteten Berichtes über die Motion des Abg. v. Ihstein, die Ministerialrescripte der Herren Ministerialchefs betreffend. Der Bericht ist als Beilage zu Nr. 88 und 89 der Landtagszeitung mitgetheilt.

Geh.-Ref. Eichrodt verliest eine Erklärung im Namen der Regierung, worin das Nichterscheinen der Herren Minister damit begründet wird, daß der Kommissions-Antrag verfassungswidrig sei. Der Herr Regierungskommissar verläßt hierauf den Saal.

Goll, als erster eingeschriebener Redner, spricht in dem Sinne, daß die Kammer mit Vergessen der Vergangenheit dem Lande den Frieden geben und über den Antrag zur Tagesordnung schreiten möge. Schaaff unterstügt diesen Antrag.

Die Vorträge der Abg. Trefurt, Böhme, Vogelmann, Schaaff, Selzam, gehen in gleicher Richtung. Ihnen entgegen treten, zur Unterstützung des Antrags der Kommission, die Abg. Bassermann, Hecker (auf dessen Vortrag ein allgemeines Bravo erschallt, worauf der Präsident Ruhe gebietet und die Gallerie räumen zu lassen droht), Reichenbach, Bader, Sander, Zittel,

Mördes, Welker, Gottschalk, Richter, welcher zu dem Kommissionsantrag folgenden Zusatz vorschlägt; „Die Kammer sieht sich daher, in Erfüllung ihrer gleich heiligen Pflichten gegen Fürst und Vaterland genöthigt, diese ihre entschiedene Ueberzeugung feierlich dahin auszusprechen, daß die Herren Minister das Vertrauen des Volkes gänzlich verloren haben und mit Segen und Beistehen nicht länger mehr fortregieren können.“ Ferner Rindeschwender, Weller, Bissing, Sander und v. Jzstein, worauf die Mehrheit der Kammer den Schluß der Diskussion beschließt, obgleich sich noch 11 Redner zum Wort gemeldet hatten.

Ueber den Antrag der Kommission wird namentlich abgestimmt. Derselbe lautet: „Die Kammer erkennt in den Rescripten der Minister, die neuern Wahlen betreffend, eine Beeinträchtigung der verfassungsmäßigen Wahlfreiheit. Sie erblickt in diesen Rescripten eine den obersten Grundsätzen einer guten und weisen Staatsverwaltung zuwiderlaufende Maßregel, indem dadurch alle Beamten, selbst die der Justiz, der Kirche und Schule aufgefordert wurden, als solche, folglich mit den Mitteln des öffentlichen Dienstes auf die Wahlen in der ihnen angezeigten Richtung einzuwirken, und indem sie dadurch aus ihrer würdigen Stellung als Wächter des Rechts und als Diener der Geseze herausgerissen, und in die Stellung einer den Bürgern entgegengesetzten Partei gebracht wurden, was in dem Lande eine tiefe Aufregung hervorrufen mußte. Die Kammer beklagt, daß diese Maßregel und die Art ihrer Ausführung nicht allein höchst verderblich auf die Moralität des Volkes einwirken, sondern auch das Vertrauen der Bürger zu den Beamten wesentlich schwächen, und zum großen Nachtheile für die Staatsverwaltung den Glauben an deren Verfassungstreue und Gesezesliebe, mithin eine Hauptgrundlage ihrer moralischen Kraft und Wirksamkeit erschüttern mußte. Die Kammer sieht sich daher in Erfüllung ihrer gleich heiligen Pflichten gegen Fürst und Vaterland genöthigt, diese ihre entschiedene Ueberzeugung feierlich auszusprechen und in ihre Protokolle niederzulegen.“

Für den Antrag stimmen: Bader, Baffermann, Baum, Binz, Bissing, Blankenhorn-Kraft, Bleidorn, Dörr, Gebel, Gottschalk, Grether, Helbing, Hecker, Hoffmann, Hundt, v. Jzstein, Knapp, Lenz, Martin, Mathy, Meyer, Mördes, Müller, Posselt, Reichenbach, Richter, Rindeschwender, Sander, Schmidt, Welker, Weller, Welte, Zittel, Züllig. Gegen denselben: Bannwarth, Böhme, Fauth, Fischer, Sastroph, Goll, Herrmann, Jörger, Junghanns, Lang, Leiblein, Löffler, Mezger, v. Neubronn, Plaz, Rettig,

Schaaff, Selham, v. Stockhorn, Trefurt, Vogelmann, Waag, Wagner, Webel. Der Antrag ist demnach mit 34 gegen 24 Stimmen angenommen.

Der Abg. Richter zieht seinen Antrag zurück.

Die Sitzung wird gegen 2 Uhr geschlossen, Die ausführliche Mittheilung der Verhandlungen folgt morgen.

Nachtrag zur 35ten Sitzung zu Nr. 104.

(Schluß.)

Zu dem Antrage der Budgetkommission, die für Anstellung eines Professors der Staatswirtschaftslehre an der Universität Freiburg geforderten 2000 fl. nicht zu bewilligen, spricht

Wagner. So eben hat die Kammer zur Erweiterung der klinischen Anstalt in Heidelberg auf Antrag der Budgetkommission 1600 fl. jährlichen Beitrag bewilligt. Es hätte sich zwar hier wohl noch die Frage aufstellen lassen: Kommt diese Erweiterung des Klinikums nicht vor Allem der Stadt Heidelberg zu gut, indem bei Aufnahme in diese Anstalt wahrscheinlich, wie anderwärts, vorzüglich auf die ärmere Bürgerklasse dieser Stadt Rücksicht genommen wird, welche sonst derselben zur Last gefallen wäre. In diesem Falle hätte wohl der Stadt Heidelberg eine Beihilfe zugemuthet werden können. Ich stimme dessungeachtet diesem Antrage mit Vergnügen bei, da ich der Ansicht bin, daß Alles, was für die Wissenschaft gethan wird, seine Früchte dem ganzen Lande trägt. Um wie viel mehr müßte es aber jeden Oberländer betrüben, wenn dieselbe Kammer, gleichsam im nämlichen Athemzug, als sie für Heidelberg diese 1600 fl. bewilligte, die für Errichtung einer staatswirthschaftlichen Kanzel in Freiburg aufgenommene Summe von 2000 fl. striche. Schon seit Jahren supplizirte der Senat der Universität Freiburg bei der hohen Staatsregierung, daß auch dieser Universität dieselbe Begünstigung zu Theil werde, wie Heidelberg, und daß auch dort ein kameralistischer Kurs eröffnet werde. Außer den vielen Gründen, die hiefür sprechen, und welche theilweise in der Begründung dieses Budgetsages von der Regierung selbst angeführt sind, dürfte wohl noch der Berücksichtigung verdienen, daß nicht nur, wie bisher, jeder Kameralist, sondern auch jeder Jurist, der eine höhere Ausbildung erlangen will, Heidelberg besuchen müßte, und daher jene Universität gleichsam eine Zwangsanstalt für dieselben wäre. Wie manchem Oberländer, der sich diesen Fächern widmen will, erlauben aber seine beschränkten Vermögensverhältnisse nicht, diese im Vergleich zu Freiburg immer theuere Universität zu besuchen, wenn diesel-

ben auch für Freiburg hinreichen, besonders da der Nermere auf letzterer Universität noch sehr häufig durch Stipendien unterstützt wird. Nachdem nun endlich die hohe Regierung diesem lang gehegten Wunsche der Universität Freiburg entsprochen, erklärt die Budgetkommission: sie könne diese Ansicht nicht theilen, indem es genüge, wenn diese Fächer auf einer der beiden Landesuniversitäten gut besetzt seien. Welches Gefühl müßte es aber nicht im ganzen Oberlande erregen, wenn es nun die Kammer wäre, welche die von der Regierung selbst gebotenen Mittel verweigerte, um die Universität Freiburg wieder nach und nach zu ihrem alten Flor emporzuheben. Müßte nicht ganz natürlich der Glaube erregt werden, als habe die Kammer mehr aus politischen, als aus ökonomischen Gründen so gehandelt, wenn sie in dem Augenblicke, wo sie der Universität Heidelberg eine Summe zur Erweiterung eines Spitals bewilligt, der Universität Freiburg eine ähnliche Summe zur Errichtung einer Kanzel verweigerte, die Heidelberg schon längst besitzt, und auf die also wohl die katholische Universität des Oberlandes eben so viel Anspruch hat, als die evangelische des Unterlandes. — Welches Gefühl, sage ich, müßte es erregen, wenn dieselbe Majorität, die der Regierung bereits in jeder Sitzung den Vorwurf macht, sie habe Garnisonen, Eisenbahnen, Straßen &c. versprochen, um auf die Wahlen einzuwirken, nun ganz gleiche Mittel wählte, um sich an den Orten zu rächen, welche nicht in ihrem Sinne wählten. Daß dies aber das ganze Land mit mir glauben wird, möge in diesem Saale dagegen deklamirt werden, was da wolle, dies bin ich fest überzeugt. Auf welcher verschiedenen Weise hat sich dagegen diese Kammer noch vor wenigen Monaten, bei Gelegenheit der Sanderschen Motion, ausgesprochen, welchen Dank hat sie sich erworben, als ohne Unterschied der Religion, ohne Unterschied der Privatinteressen, sich die Kammer beinahe einstimmig für Erhaltung dieser katholischen Universität aussprach; und wenige Monate nachher sollte dieselbe Kammer nun dieser Universität die Mittel verweigern, um ihren frühern Flor wieder nach und nach erlangen zu können, nachdem sie gegen die evangelische Landesuniversität stets so freigebig war. Meine Herren, ich kann es nicht glauben, daß diese hohe Kammer sich eine solche Parteilichkeit zu Schulden kommen lassen kann. Ich trage daher auf Bewilligung dieser 2000 fl. an. Denn wenn der Hr. Berichterstatter sagt, es handle sich hier um Opfer für das Ausland, so trifft dies wohl mehr Heidelberg, als Freiburg, dessen Universität sich größtentheils aus eigenen Mitteln erhält und wo von jeher die meisten Inländer studirten.

Ich halte indeß diese Frage für zu wichtig, da namentlich das ganze Oberland aus deren Lösung abnehmen kann, was es für die Zukunft von dieser Kammer für die Erhaltung seines kostbarsten Guts, seiner katholischen Universität, zu erwarten hat, und ich muß daher den Antrag auf namentliche Abstimmung stellen.

Bannwarth schließt sich im Allgemeinen dem Vortrage des Abg. Wagner an und unterstützt seine beiden Anträge. Er kann sich nicht damit einverstanden erklären, daß die Budgetkommission ihr Sparsystem auch auf die Bildungsanstalten ausdehne, und findet die Verweigerung durch die angeführten Gründe nicht gerechtfertigt. Die Ansicht, daß es genüge, wenn die speziellen Fächer der Wissenschaft auf einer Universität tüchtig besetzt sind, würde nur dann richtig seyn, wenn beide Hochschulen, obgleich getrennt, doch nur eine gemeinsame Anstalt mit wechselseitiger Aushilfe wären. Da aber jede ein selbstständiges Ganzes bildet, so sollte auch jede in allen Fächern so vollkommen als möglich ausgestattet seyn, sonst müßten allmählig beide untergehen, wenn es nicht etwa allein auf Unterdrückung der einen Anstalt abgesehen wäre. Der weitere Grund, daß die geforderten Mittel nicht ausreichend wären, um einen Gelehrten von Ruf für das neue Fach zu gewinnen, hätte die Kommission eher bestimmen sollen, auf eine Erhöhung des Beitrags, anstatt auf Verweigerung anzutragen. Wenn ihn auf der einen Seite die Erklärung des Hrn. Regierungskommissärs beruhigt, daß mit keiner der beiden durch die Verfassung garantirten Universitäten eine Aenderung beabsichtigt werde, so hat er auf der andern Seite zu der Kammer von 1842 das Vertrauen, daß sie die Motion des Abg. Sander, welche die Auflösung einer der beiden Universitäten bezweckte, und viele Besorgnisse in einem großen Theile des Landes veranlasste, nicht wieder aufnehmen werde. So lange aber beide Universitäten neben einander bestehen, müssen sie auch gleiche Rechte haben. Wenn nun die Universität Freiburg nicht halb so viel als Heidelberg aus Staatsmitteln bezieht, so sollte man ihr nicht den mäßigen Zuschuß zur Errichtung einer staatswirthschaftlichen Lehrkanzel entziehen. Vergessen Sie dabei nicht, mit welcher Loyalität die Deputirten des Oberlandes jeweils zu Beiträgen für Heidelberg gestimmt haben, und üben Sie nun ein Gleiches an Freiburg. Sie werden dadurch ein Werk der Gerechtigkeit vollführen und sich den Dank des ganzen Oberlandes sichern! —

Posselt Ich will vorerst nur mit wenigen Worten tadelnd die Eingangssrede des Abg. Wagner berichtigen. Die medizinische Klinik in Heidelberg ist ganz, die chirurgische theilweise aus der Stadtkasse dotirt; es handelt sich

also nicht um einen Beitrag von Seiten der Stadt, sondern um einen Zuschuß aus der Staatskasse, damit die Anstalt ausgedehnt werden und interessante Krankheitsfälle aufnehmen könne. Was die Sache selbst betrifft, so kann ich nur mit Schüchternheit, mit einer gewissen Aengstlichkeit, in meiner Rede fortfahren. Ich lebe in einer Universitätsstadt und bin Abgeordneter derselben. Ich habe hören müssen, daß die Universität Heidelberg so viel mehr Ansprüche an die Staatskasse mache, so viel mehr Zuschüsse erhalte, als die Universität Freiburg. Meine Herren! wenn die Universität Heidelberg ihre Güter, ihre Fonds behalten hätte, die sie durch den Luneviller Frieden verloren hat, so wäre sie vielleicht in einem glänzendern Stande als Freiburg hinsichtlich des Vermögens. Es ist zu bedauern, daß Diejenigen, welche die Entschädigung in Anspruch zu nehmen hatten, versäumt haben, dafür zu sorgen, daß die Fonds, welche die Universität hatte, wenigstens die Hälfte des Rheins in irgend einer Weise wieder eingeliefert wurden. Wir haben der so reichlich ausgestatteten Universität Freiburg 15,000 fl. jährlich bewilligt. Ich bin einer Derjenigen, welcher für diese Bewilligung gestimmt hat. An dem ersten Landtag, dem ich beizuwohnen die Ehre hatte an dem Landtag von 1831 habe ich schon den Antrag gestellt, man möge wohl berathen, ob es nicht zweckmäßig wäre, die gelehrte Universität Freiburg in eine gewerbliche große Lehranstalt umzuwandeln, und habe den Freiburgern an's Herz gelegt, ob es nicht vortheilhafter in vieler Beziehung für sie wäre, wenn sie diesen Gedanken einer nähern Prüfung unterwerfen, und zur Ausführung bringen würden. Dieser Gedanke ist inzwischen ausführlich erörtert worden. Bei dem Aufschwung, den die Wissenschaft genommen hat, bei den großen, schwer zu befriedigenden Anforderungen, welche heut zu Tage an eine Universität gemacht werden, bin ich von der physischen Unmöglichkeit überzeugt, daß ein Land, wie das Großherzogthum Baden, zwei Universitäten so glänzend ausstatten und so kräftig unterstützen könnte, als es der Stand der Universitäten in Deutschland verlangt. Blicken Sie hin-auf die Orte, wo Universitäten in Flor sind; sehen Sie, welche Summen periodisch von den Regierungen verwendet werden, um die Universitäten nur in der Ausdehnung zu erhalten, wie es der Stand der Wissenschaft jetzt verlangt. Daß dieses für die Dauer unserm Großherzogthum Baden unmöglich wird, davon halte ich mich überzeugt; eine Verschmelzung wird zu Stande kommen. Ich spreche mit Schüchternheit, aber die Wahrheit überwiegt meine Scheu. Daß die Motion des Abg. Sander eine so trübe Stimmung und keinen Anflug in diesem Hause gefunden hat, ist ganz natürlich.

Wenn ich mir aber den Fall denke, daß der Gedanke von der Regierung aufgefaßt werde, daß es für die Dauer dem Lande zu schwer würde, dasjenige aufzubringen, was zwei Universitäten für die vollständige Ausstattung ihrer Fächer in Anspruch nehmen, dann liegt die Nothwendigkeit vor, beide gelehrte Universitäten in eine zusammen zu schmelzen, und der einen der Städte, welche ihre gelehrte Anstalt verliert, sogleich die andere gewerbliche Lehranstalt als Balsam für die Wunde zu geben. Dieser Zeitpunkt wird kommen und — ich bin im vorgerückten Alter — ich glaube aber, ich werde ihn erleben. Nur um etwas Unvermeidliches nicht zu erschweren, muß ich, so ungerne ich es thue, dem Commissionsantrag mich anschließen. Ich glaube, daß die Aufhebung einer der beiden Universitäten, welche es sei, zum wahren Wohl des Landes dienen wird.

Gottschalk. In der jüngsten Diskussion wurde dargethan, daß einige Lehrstühle sowohl in Heidelberg als in Freiburg zu wenig zu arbeiten hätten. Ich begreife nicht, daß man jetzt noch neue schaffen will, während das Mittel so nahe liegt, die unbeschäftigten Lehrer dort zu beschäftigen, wo man jetzt die neue Summe fordert. Ich kann der Idee der Freiburger Abgeordneten nicht beistimmen, daß das Oberland beleidigt würde, wenn man nicht wieder Zuschüsse machen will. Gewiß nicht. Die Oberländer wissen, daß es sich hier nicht um das Einzelinteresse einer Stadt, sondern um die Gesamtheit handelt, und diese wird nicht fordern, daß man immerwährend größere Ausgaben macht. Ich bedauere selbst, daß die Frequenz der Universität Freiburg so sehr abgenommen hat, glaube aber nicht, daß in weitem Bewilligungen das Mittel gefunden ist, sie wieder in Flor zu bringen. Die Erfahrung hat das Gegentheil bewiesen. Nach nicht lange wurden 15,000 fl. Zuschuß bewilligt und die Universität hat dennoch abgenommen. Ich bin keineswegs hier, um gegen eine Stadt, die ich so sehr liebe, zu sprechen, sondern ich habe nur das Interesse der Gesamtheit im Auge; glaube aber auch, daß das Wohl der Stadt Freiburg besser gefördert würde, wenn diese wohlgelegene Stadt mehr in Verbindung mit dem Schwarzwalde gebracht wird. Am besten jedoch würde dieß geschehen, wenn nach dem frühern Antrage des Abg. Sander eine höhere polytechnische Schule statt der Universität errichtet würde. Wenn ich mich frage: wozu diese ungeheuere Summe? so behaupte ich, sie sei nur zum Nutzen Einzelner und zum Nachtheile der großen Mehrheit. Ich glaube, wenn wir die Mittel, die jährlich der Universität Freiburg gegeben werden, an die Volksschulen und die technischen Anstalten wenden würden, so würde man sowohl die Wünsche des Ober-

wie des Unterlandes befördern. Die Lage des Landes sollte uns nicht hindern, eine Universität aufzuheben, denn wir erhalten hoffentlich demnächst eine Eisenbahn, durch welche unsere Landestheile in nähere Verbindung gesetzt werden.

Zittel. Der Herr Abg. Wagner hat die Befürchtung ausgesprochen, es könnte aus politischen Gründen hier die Forderung der Regierung nicht genehmigt werden. Ich muß dem widersprechen. Ich gehöre zur Majorität, allein ich stimme für die Forderung der Regierung und zwar nicht aus den Gründen, die der Abg. Wagner angegeben hat. Im Gegentheil, ich halte diesen Lehrstuhl in Freiburg selbst eigentlich für überflüssig; allein dieß ist kein Grund ihn nicht zu errichten, denn wenn man alle Stellen an Universitäten, welche keine Frequenz haben, als überflüssig aufheben wollte, so könnte man hier und da ganze Fakultäten aufheben. Ich stimme für die Lehrstelle in Freiburg, weil in Heidelberg eine solche vorhanden ist; gebührt sie jener Universität, so gebührt sie auch dieser. Es ist darauf hingewiesen worden, daß zwei Universitäten für unser Land zu viel seien. Ich bin vollkommen dieser Ansicht; allein wir werden nicht dadurch, daß wir solche Summen nicht bewilligen, zu dem Ziele kommen, daß eine aufgehoben wird, aber vielleicht durch die Bewilligung. Wir werden die Erfahrung machen, daß man von einem Jahr zum andern immer größere Opfer verlangt, und da, meine Herren, glaube ich, könnte man am Ende ermüden und dann würde die Motion des Abg. Sander vielleicht nicht ohne Erfolg wieder in die Kammer gebracht werden.

Kettig. Ich hätte gewünscht, der Abg. Zittel hätte sich gegen den Antrag erklärt. Vor wenigen Minuten hat man vielleicht mit Recht geklagt, daß ein noch brauchbarer öffentlicher Lehrer gegen seinen Willen in Ruhestand versetzt worden sei, und unmittelbar daran knüpft man den Wunsch, daß so ein Universitätslehrer gelegentlich beseitigt werde. Meine Herren, wenn wir beklagen, daß ein einzelner noch tüchtiger Lehrer außer Thätigkeit kommt, so ist es doch sehr auffallend, wenn man anerkennen muß, daß man eine Universität, die doch wenigstens in ihrer leider untergeordneten Sphäre noch brauchbar ist, und wesentliche Dienste thut, gleichsam mit einem vornehmen Ueberblick in Abgang decretiren will. Es sind zwar allerlei Mittel vorgeschlagen worden, wie man allmählig ihre Auszehrung herbeiführen könne und dazu dient denn hauptsächlich jenes gelegentliche Bemerkten, es würde doch dahin kommen; der Abgehenden sei nicht mehr zu helfen. Ich vertraue aber darauf, diese Anstalt wird sich erhalten, auch sie wird wieder ihren Zeitpunkt haben, wo sie auf den alten Flor zurückkehrt. Der Hr. Abg. Poffelt hat pro-

phezeit, die Last zweier Universitäten würde unserm Land zu schwer werden. Ich gebe zu; sie wird ihm schwer werden, aber die Opfer, die das Land seinen Universitäten bringt, werden nicht verloren seyn und Baden wird die nöthigen Kräfte haben, um der Wissenschaft den seitherigen Nutzen zu erhalten. Schauen Sie auf die sächsischen Herzogthümer, schauen Sie auf Schurhessen und das Großherzogthum Hessen. Diese Länder haben bei weitem nicht die Hilfsmittel, welche Baden hat; sie haben kaum die Hälfte derselben, und auf ihre Universitäten wird Alles verwendet. So lange diese kleineren Staaten noch im Stande sind, eine Universität zu dotiren, so lange wird Baden noch im Stande seyn können, zwei zu unterhalten. Es handelt sich jetzt um eine Bewilligung von 2000 fl. Schauen Sie doch Ihr Budget an, ob man bei jeden 2000 fl. mit so ängstlicher Besorgniß auf unsern Finanzzustand zurück schaule, ob man nicht bei vielen Positionen mit einer gewissen Gefälligkeit die Forderungen der Regierung genehmigt hat; und nun auf einmal, wo die Rede auf die arme Universität Freiburg kommt, soll mit dem Sparen angefangen werden. Es handelt sich um das Interesse der Wissenschaft und dieses ist keineswegs so klein, wie der Abg. Gottschalk glaubt. Wir wollen die Staatsbürger zu denkenden und wohl unterrichteten Männern erziehen und in dieser Beziehung mache ich die Budgetkommission darauf aufmerksam, von was es sich handelt. Es handelt sich von dem Begriffe des Staats und von dem öffentlichen Leben, und in dem Augenblick, wo wir die Mahnung an das Volk ergehen lassen, es möge an dem öffentlichen Leben einen intelligenten Antheil nehmen, wollen wir denen, welche sich unterrichten wollen, diesen Unterricht abschneiden. (Zwischenruf: Es handelt sich nicht um Staatswissenschaft, sondern um die Staatswirthschaftslehre). Eine staatswirthschaftliche Professur soll errichtet werden. Es kommt mir gar nicht darauf an, denn wer etwas von Staatswirthschaft versteht, versteht auch, die Zustände des Staates richtig zu beurtheilen. Ich habe genug gesprochen und unterstütze den Antrag der Regierung.

Bassermann. Ich glaube, es handelt sich bei diesem Fall nicht darum, einer der Universitäten dasjenige zu verweigern, was man der andern bewilligt hat. Die Budgetcommission verdient daher nicht den Vorwurf ungleicher Behandlung. Man beantwortete sich die Frage: ist nach unserer Ansicht die Verwendung der geforderten Summe zweckmäßig oder nicht? Darum allein handelt es sich, und die Budgetcommission hat dabei dasjenige alles erwogen, was jetzt der Herr Abg. Kettig ihr zu Gemüthe führt. Es soll nämlich eine Professur für die Staatswirthschafts-

lehre in Freiburg gegründet und namentlich soll dadurch der Universität selbst aufgeholfen werden. Aber ich glaube, die Staatswirthschaftslehre kann nicht bloß von einem Lehrstuhle herab gelesen werden, dazu gehören noch andere Fächer. Wenn überhaupt der Cameralist sich auf der Universität Freiburg ausbilden soll, so kann ihm dazu ein Lehrer nicht genügen, er bedarf eine ganze Section. Hätte die Regierung für etwas Vollständiges die Mittel vorgeschlagen, statt für etwas Halbes, so hätten wir erwogen, ob die Forderung unsere Kräfte nicht übersteigt; aber für etwas Halbes, was doch nicht den Zweck erfüllen kann, wollten wir keine Mittel bewilligen. Einerseits leiten mich die Gründe, welche der Abg. Posselt so gut entwickelt hat und im Uebrigen sage ich: will man der Universität Freiburg aufhelfen, so gibt es andere Mittel, sowohl diejenigen, welche der Abg. Welcker so richtig bezeichnete, als daß man den Professor Welcker selbst wieder anstellt. Endlich wären auch die Fächer der Chirurgie, Geburtshülfe u. s. w., worüber man allgemein klagen hört, besser zu besetzen. Was können Sie aber mit den 2000 fl. anfangen? Dafür bekommen Sie keinen ausgezeichneten Lehrer, sondern vielleicht einen Zahlenmenschen, der mehr verdirbt, als gut macht. Wenn in der Lehre von der Staatswirthschaft der rechte Geist nicht weht, so führt sie zu dem todten Tabellenwesen, zu trockener Statistik. Den Vorwurf des Abg. Wagner, daß politische oder gar religiöse Gründe dem Antrag unterliegen, verdient die Budgetcommission nicht; ich erinnere Sie an einen Posten, der die Stadt Konstanz betraf und den wir verweigern wollten, obgleich hier politische Gründe genug zur Bewilligung vorgelegen hätten. Ich würde den Vorwurf noch stärker zurückweisen, wenn ich es nicht für verzeihlich hielte, daß ein Mann aus Freiburg sich seiner Vaterstadt annehme, welche ihre letzten Wahlen besonders im Interesse der Stadt vornahm. Das Oberland endlich, welches man zu Hülfe rufen will, und darunter verstehe ich nicht Freiburg, sondern den ganzen Landesheil, das Oberland will nicht, daß hier Sonderinteressen vertreten werden; es will, daß wir das Allgemeine berücksichtigen, wie es die Verfassung und unser Eid gebieten.

Bader erklärt sich für die Forderung der Regierung und will einige dagegen vorgetragene Bemerkungen widerlegen. Mein Freund Posselt hat unter Hinweisung auf die Sander'sche Motion ausgeführt, man werde fühlen, daß zwei Universitäten für Baden zu viel sind, und deshalb stimme er nicht für eine neue Bewilligung. Er scheint dabei von der irrigen Voraussetzung ausgegangen zu seyn, der Abg. Sander habe angetragen, eine der beiden Universitäten aufzuheben. Sein Antrag ging aber da-

hin, die polytechnische Anstalt zu einer Universität an die Stelle der einen oder der andern zu erheben. Da es hienach unbestimmt ist, welche der beiden Universitäten aufgehoben werden soll, so müßte der Abg. Posselt auch die Mittel für Heidelberg verweigern. Uebrigens sollte man nicht länger bei dieser Frage verweilen; die Verfassung garantiert den Bestand beider Universitäten, die Regierung hat sich dafür erklärt und die Kammern haben die Pflicht, die zum Fortbestand nöthigen Mittel zu bewilligen. Es handelt sich hier auch keineswegs, wie Manche zu glauben scheinen, um Errichtung einer neuen Stelle; dieses Fach wurde früher immer gelehrt und nur aus Mangel an Mitteln wurde die Wiederbesetzung einige Zeit ausgesetzt. Dutilinger, dessen zu frühen Tod die Kammer und das Land zu betrauern haben, klagte oft, daß die Regierung die Mittel für diese Lehrkanzel nicht in Antrag bringe. Ich habe als früheres Mitglied der Budgetcommission dieselbe Klage erhoben und würde glauben gegen meine Pflicht zu handeln, wenn ich die beantragte Summe nicht bewilligen wollte. Der Abg. Kettig hat schon bemerkt, die Verweisung auf die Sander'sche Motion heiße soviel als, man wolle die Anstalt nach und nach hinstellen lassen; aber auf diese Weise würde man die Mittel des Staates vergeuden, denn wenn der Universität die Mittel entzogen werden, so kann sie auch keine Früchte tragen.

Vogelmann schließt sich der Ausführung des Abg. Bader und der Begründung der Regierung an, woraus er sich überzeugt hat, daß die Errichtung der staatswirthschaftlichen Lehrstelle für die Universität selbst nützlich ist. Wenn man die Bewilligung der 2,000 fl. eine halbe Maßregel nennt, so erinnere ich dagegen, daß häufig ein Lehrer außer den Hauptfächern, der Nationalökonomie und Finanzwissenschaft, auch noch z. B. Technologie und Landwirthschaft liebt. Man scheint auch übersehen zu haben, daß dieses Fach nicht nur für Cameralisten, sondern auch für Juristen gelehrt werden soll; der Vortheil für diese ist nicht zu verkennen.

Sander. Die wirklich ungeeignete Begründung des Antrags des Abg. Wagner ist wohl der beste Beweis, daß die Forderung nicht nothwendig und für die Wissenschaft nicht erspriesslich ist. Hat er nachgewiesen, daß die Wissenschaft die Errichtung der Lehrstelle verlangt, daß sie für die Blüthe der Universität Freiburg nothwendig ist? Im mindesten nicht, sondern er hat nur einen Unterschied zwischen katholisch und evangelisch gemacht, was ich für ungeeignet halte. Er hat als Bezeichnung der Parteien von katholischen und evangelischen Mitgliedern gesprochen, und die evange-

lischen, welche nicht für die Bewilligung stimmen, als solche hingestellt, die aus religiöser Ansicht den Antrag verwerfen. Dies ist im höchsten Grade ungeeignet, zumal in unserer Zeit, wo leider von vielen Seiten planmäßig darauf hingearbeitet wird, den langbestandenen Frieden zwischen beiden Konfessionen zu stören. (Vielsache Zustimmung). Hier handelt es sich ja nicht um Anstellung eines Theologen, sondern eines Professors für die Staatswirtschaft, die mit einer Konfession am allerwenigsten etwas zu thun hat. Es war also nichts als eine böswillige Verdächtigung eines Theiles der Abgeordneten. Er ist aber in dieser Verdächtigung noch weiter gegangen, indem er sagte, die Verweigerung werde angesehen werden als eine Strafe wegen der politischen Richtung der Stadt Freiburg bei den Wahlen. Der Abg. Basser mann hat hierauf bereits das Geeignete bemerkt. Ich will den Abg. Wagner nur noch auf die große Blöße aufmerksam machen, die er sich hierdurch gegeben hat; denn er muß nun auch zugeben, daß Alles, was von Seiten der Regierung für Freiburg geschieht, als Belohnung für jene politische Richtung zu betrachten ist; so kann man auch glauben, daß eine Begünstigung Freiburgs darin liegt, daß die Regierung jetzt erst, nach den Wahlen, die Nothwendigkeit der Errichtung jener Lehrkanzel einsteht. Ich bin aber überzeugt, daß die Forderung der 2000 fl. nicht mit den Wahlen von Freiburg zusammenhängt. Der Hauptgrund gegen die Bewilligung ist der, daß man eine Ausgabe nicht machen will, von der man keinen andern Erfolg voraussieht, als daß damit zwar ein Professor mit 2000 fl. Besoldung, aber kein einziger Zuhörer mehr an die Universität Freiburg kommt. Mit einem Professor ist den Cameralisten nicht gedient und der Hauptgrund des mangelhaften Zustandes der Universität liegt in dem Mangel der Lehrfreiheit und Selbstständigkeit der Korporation, woran wir nicht durch die Maßregeln von Seiten der Regierung, sondern von auswärts gehindert sind. Da bleibt denn kein Mittel, um zu helfen, als Geld und abermals Geld, um zur vollständigsten Besetzung aller Fächer zu gelangen, wozu neuerlich, z. B. für Tübingen 115,000 fl. bewilligt worden sind. Freiburg aber hat, wenn man die Summen zusammen rechnet, vom Staat mehr erhalten, als Heidelberg und ich sehe nicht ein, wozu eine neue Bewilligung gegeben werden soll, die zu nichts führt. Um die Cameralwissenschaften mit einiger Hoffnung auf Erfolg zu lehren, müßte man 10,000 fl. haben; zu einer halben Maßregel aber, die immer neue Forderungen nach sich ziehen würde, bin ich nicht erbötig. Man geht in Freiburg damit um, die Forstschule dorthin zu ziehen, weil dies der einzige wissenschaftliche Zweig der polytechnischen

Anstalt sei. Ich will den gelehrten Herren nicht zumuthen, zu beurtheilen, ob das Ingenieur- und Baufach nicht auch wissenschaftliche Fächer sind; aber man sieht daraus, was für Pläne man in Freiburg hat. Ich erkläre wiederholt, ich will lieber 10,000 fl. bewilligen, als diese 2000.

Schaa ff. Gut, wir wollen 10,000 fl. bewilligen.

Sander. Sie sind nicht verlangt und wenn ich sage, ich will 10,000 fl. lieber bewilligen als 2,000 fl., so folgt daraus noch nicht, daß ich sie wirklich bewillige. Was meine oft berührte Motion betrifft, so glaube ich nicht nöthig zu haben, sie wieder vorzubringen. Ich theile die Ansicht des Abg. Bosselt, daß die Zeit zur Hebung der technischen Wissenschaften drängt, man mag sie durch eine Motion anregen oder nicht; aber auffallend ist mir dabei die ungeheuere Furcht, welche die Herren von Freiburg davor haben, indem sie immer davon ausgehen, ich wolle die Universität Freiburg aufgehoben wissen. Mir kommt dieß vor, wie das böse Gewissen. Man scheint einzusehen, daß zwei Universitäten neben der polytechnischen Schule sich nicht für die Zukunft halten können, ohne daß eine von ihnen leide.

Wagner. Auf die Anschuldigungen des Abg. Sander habe ich bloß zu erwidern, daß wenn ich Freiburg eine katholische und Heidelberg eine evangelische Universität nannte, diese Bezeichnung wahrlich keine Erfindung von mir ist, sondern daß von jeher, wenn von deutschen Universitäten die Rede war, dieselben so charakterisirt wurden. Daß ich die Meinung hervorbringen wolle, als seien die Wahlen daran Schuld, daß die Regierung dem schon so lange gehegten Wunsche der Universität Freiburg hinsichtlich der Errichtung einer staatswirtschaftlichen Kanzel entsprochen habe, ist eine Lächerlichkeit, da diese Bestimmung, so viel ich weiß, schon längst getroffen war, bevor von den neuen Wahlen nur die Rede seyn konnte. Wenn der Abg. Sander von der Furcht der Freiburger vor seiner Motion spricht, so ist allerdings der Glaube allenthalben verbreitet, daß Freiburg bei dem Sander'schen Antrag gar leicht zwischen zwei Stühlen niedersitzen dürfte. Wir vertrauen jedoch auf unsere Regierung, daß sie uns ein Gut nicht nehmen wird, was uns die Befassung garantirt. Habe ich von politischen Gründen gesprochen, welche die Budgetcommission geleitet haben dürften, so liegt der Grund zu diesem Glauben ziemlich nahe, wenn man die bisherigen Kammerverhandlungen betrachtet, namentlich die hier erst kürzlich ausgesprochene Aeußerung, daß man deswegen gegen eine Vermehrung der Gendarmen stimme, weil sie bei den Wahlen eingewirkt habe. Den beiden Abgeordneten Gottschalk und

Bassermann habe ich bloß noch zu erwidern, daß es sich nicht um Lokalinteressen handelt, wenn von der Universität Freiburg die Rede ist, sondern daß es hier die Interessen des ganzen Oberlandes betrifft.

Staatsrath Fehr. v. Rüd t. Die beiden Landesuniversitäten sind durch die Verfassung gesichert und sind nicht allein Anstalten des Landes, sondern der höheren Wissenschaft im Allgemeinen. So lange diese beiden Universitäten, geschützt durch die Verfassung, bestehen, hat die Regierung, wie ich glaube, die Pflicht, die Wünsche derselben, die im Interesse der Beförderung der Wissenschaft und der Vollständigkeit des Lehrunterrichts an sie gelangen, nach Möglichkeit zu unterstützen. Aus diesem Grunde hat sie für Heidelberg eine Summe vorgeschlagen, die nicht beanstandet wurde; aus demselben Grunde hat sie für Freiburg eine fixe Erhöhung in Antrag gebracht und ich glaube, daß diese Summe gut angewendet seyn wird, daß sie für eine Universität nothwendig ist, um die Fächer, also überhaupt die Wissenschaften, die auf denselben gelehrt werden, in Vollständigkeit vortragen zu können. Dieses hielt ich für wohlbegründet und jede Lücke darin ist nicht nur für die Frequenz, sondern auch für den Beruf der Universität, wie für ihre Stellung nachtheilig. Es ist schon bemerkt worden, daß früher der Wunsch, daß eine staatswirthschaftliche Lehrkanzel hergestellt werde, von der Regierung nicht berücksichtigt wurde. Dieser Wunsch ist, wie in den Motiven auch angegeben, in der neuern Zeit dringender geworden; die Staatswirthschaft ist nicht allein für Diejenigen, welche die Finanzwissenschaft erlernen wollen, sondern auch für Diejenigen, welche Rechtswissenschaft treiben, überhaupt für Alle, die sich für den Staatsdienst vorbereiten, von großem Interesse, und gerade weil in Heidelberg dieses Fach gut besetzt ist, ist es Pflicht der Regierung, dahin zu wirken, daß es in Freiburg auch besetzt werde, und die Bedenken, die bisher erhoben wurden, haben mich nicht überzeugen können, daß man davon absehen soll. Daß noch größere Summen im Hintergrund seien, wie bemerkt wurde, davon ist mir nichts bekannt. Zeigen sich später Bedürfnisse, die die Regierung für gegründet hält, so wird sie dieselben in gleicher Weise berücksichtigen und von der Kammer die Zuschüsse begehren, die dazu nothwendig sind. Zur Zeit verlangen wir bloß

2,000. fl. Es ist ferner angegeben worden, daß man andere Professoren zu dieser Lehrstelle verwenden könnte. Ein Fabrikherr kann zwar seine Arbeiter von einem Stuhl zum andern stellen, aber die Regierung kann einem Professor, der für das römische Recht bestimmt ist, nicht aufgeben, er solle die Staatswirthschaft lehren. Jeder kann nur für die Fächer, für welche er angestellt ist, verwendet werden. Eine Beziehung dieses Vorschlags auf irgend politische Verhältnisse ist durchaus nicht angemessen. Das nachträgliche Budget war schon vor Jahr und Tag fertig und es ist nur zu bedauern gewesen, daß der Vorschlag nicht früher vorgebracht werden konnte. Ich wünsche, daß diese Bewilligung nicht versagt werde. Was man gegenüber der einen Universität für gerecht hält, nämlich die Vollständigkeit ihrer Einrichtung, dieses ist gegenüber der andern ebenfalls gerecht, und wenn man davon ausgehen will, daß bei der einen Universität diese Fächer vollkommen dastehen und deshalb bei der andern Universität nichts dafür gethan werden dürfe, so geht man zugleich darauf hin, die letztere nach und nach sterben zu lassen. Dies aber, meine Herren, kann weder im Interesse unseres Landes noch der Wissenschaft und der Regierung selbst liegen.

Die Zuschüsse, welche die Universität Freiburg vom Staat erhält, sind überdies von nicht großer Bedeutung; sie hat ein bedeutendes eigenes Vermögen, allein die Lasten die darauf beruhen, erfordern natürlich diese Zuschüsse. Man hat diese früher in der oft ausgesprochenen Absicht bewilligt, weil, nachdem die beiden Universitäten verfassungsmäßig garantirt sind, die Verweigerung der Mittel zu einer verhältnismäßig angemessenen Stellung gerade so viel sei, als sie indirekt zu Grunde zu richten.

Freiherr v. Marschall. Die Sache ist einfach, es soll in Freiburg ein Fach gelehrt werden, dessen Kenntniß in jetziger Zeit kein Gebildeter entbehren kann.

Wir haben in Nr. 104 bereits mitgetheilt, daß die Forderung der Regierung mit 32 gegen 24 Stimmen angenommen wurde.

Tagesordnung auf Samstag den 20. d. M.: 1. Anzeige neuer Eingaben und Motionen. 2. Fortsetzung der Discussion über Welkers Bericht, die provisorischen Gesetze betreffend.